4. Zur Begriffsbestimmung der Beförderung von verschlossenen Briefen im Sinne des Postgesetzes.

Gesetz über das Postwesen des Deutschen Reichs (Postgesetz) vom 28. Oktober 1871 (R.G.Bl. S. 347) § 1 Absf. 1 Nr. 1, § 27 Absf. 1 Nr. 1.
20. Dezember 1896 (R.G.Bl. S. 715)

Wirtt. Postordn. vom 20. Mai 1900 (Reg.Bl. S. 369) § 4.

I. Straffenat. Urtr. v. ^{6. April}_{16. Mai} 1911 g. D. u. Gen. I. 118/11.

I. Landgericht Heilbronn.

Auß den Gründen:

Der Angeklagte D. hat, wie die Strafkammer als erwiesen ansieht, namens der Firma E. S., Aktiengesellschaft in H., als ihr Prokurist nahezu tausend verschlossene, mit der Aufschrift der Empfänger nicht versehene Briefumschläge in einer Kiste durch die Bahn nach Bl. an den Angeklagten B. gesandt. In den Briefumschlägen befanden sich Proben von Kornkaffee und darauf sich beziehende gedruckte Reklamezettel und Preisverzeichnisse. Angeklagter B. hatte sich gegenüber dem Reisenden der Firma verpflichtet, die Briefe durch eine zu beauftragende Person an beliebige Einwohner in Bl. und G. austragen zu lassen. Demzufolge ließ er die verschlossenen Briefumschläge, ohne an ihnen eine Änderung vorzunehmen, durch einen Invaliden an die von diesem auszuwählenden Personen bestellen. Nachdem der größte Teil in Bl. ausgetragen worden war, fand die Sache durch behördliches Dazwischentreten eine Unterbrechung. Der Rest der Briefe blieb unverteilt, in G. fand keine Bestellung statt. Den an den Invaliden bezahlten Lohn für das Austragen verrechnete B. mit der Firma E. Die Orte H. und Bl. und wohl auch G. sind Orte mit besonderen Postanstalten.

Auf Grund dieses Sachverhalts ist der Angeklagte D. für überführt erachtet, die sämtlichen verschlossenen Briefe den Bestimmungen in § 1 des Postgesetzes zuwider auf andere Weise als durch die Post „verschickt“ zu haben. Der Angeklagte B. wurde wegen Beihilfe zu diesem Vergehen nach § 27 Abs. 1 Nr. 1 das. und § 49 St.G.B.'s zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen. Gegen D. ist auf den vierfachen Betrag des hinterzogenen Portos in Höhe von 20 ₰ für jeden der verschickten Briefe erkannt.

Die hiergegen von dem Verteidiger beider Angeklagten erhobenen sachlichen Angriffe sind insoweit verfehlt, als Verkennung des Begriffs „Brief“ gerügt ist.

Mit der Annahme, daß die verschlossenen Briefumschläge, obschon sie keine Aufschrift des Empfängers und des Bestimmungs-ortes trugen, verschlossene Briefe im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 1

des Postgesetzes waren, befindet sich die Strafkammer im Einklange mit der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts — Entsch. in Straff. Bd. 25 S. 20 (22. 23); Urteil des V. Straffenats vom 2. Juli 1907. 5 D. 159/07, abgedruckt in der Deutschen Juristenzeitung Bd. 12 S. 1323 —, von der abzugehen kein Grund vorliegt. Die vom Verteidiger angezogene Entscheidung des Reichsgerichts vom 4. Januar 1900 (Entsch. in Straff. Bd. 33 S. 144) vertritt keine entgegenstehende Auffassung. Hier wird zwar für die Begriffsbestimmung hinsichtlich des verschlossenen Briefes im Sinne von § 1 des Postgesetzes auf die äußerliche Beschaffenheit, die Form der Sendungen, wie sie die Postordnung fordert, Wert gelegt. Es wird aber nicht unterschiedslos allen für die Beförderung durch die Post geltenden Vorschriften ausschlaggebendes Gewicht beigemessen. Lediglich für die Beförderung jeder Art wird das Vorhandensein einer Aufschrift (Adresse) als unentbehrlich erklärt, aber auch dies geschieht nur für den Fall, daß der die Beförderung ausführende Dritte nicht mündlich über die Person und den Wohnort des Empfängers mit Weisung versehen werden kann. Das trifft freilich bei der staatlichen Post ausnahmslos zu, deren Einrichtungen und Betrieb zu umfangreich und vielgestaltig sind, um eine mündliche Bestimmung des Empfängers zu ermöglichen. Diesem Gedanken gibt auch § 4 der Württembergischen Postordnung vom 21. Mai 1900 Ausdruck, der für alle Postsendungen vorschreibt, daß in der Aufschrift der Empfänger und der Bestimmungsort deutlich bezeichnet sein sollen. Allein hieraus folgt nicht, daß eine dem Erfordernisse nicht entsprechende Form der Aufschrift oder die gänzliche Unterlassung der Aufschrift dem sonst vorschriftsmäßig hergestellten Briefe die Eigenschaft eines solchen nehmen und ihn der Postzwangspflicht entziehen könnte.

Dagegen konnte im übrigen den Revisionen der Erfolg nicht versagt werden.

Die Strafkammer faßt den ganzen Hergang von der Absendung der Frachtgutkiste durch den Angeklagten D. an den Mitangeklagten B. bis zur Aushändigung der in der Kiste enthaltenen verschlossenen Briefumschläge durch die von B. beauftragte Person an einzelne Personen der Ortschaft Bl. als eine einheitliche, von der Willens-tätigkeit des D. getragene Beförderungshandlung auf, bei der B., insofern er den erwähnten Invaliden mit der Austragung der Briefe

an die einzelnen Empfänger beauftragte, nicht anders, als die den Transport der Frachtgutkiste bewirkende Eisenbahn, nur eine vermittelnde Tätigkeit ausgeübt habe, also nur ein Glied in der Kette derjenigen Personen gewesen sei, durch deren Inanspruchnahme D. die Verschickung der Briefe bewirkt habe. Von diesem Standpunkt aus gelangt sie dazu, die von B. ausgeübte Tätigkeit rechtlich als eine dem D. wissentlich, und zwar mit Rücksicht auf weitere Verabredungen gegen Entgelt geleistete Beihilfe anzusehen. Hiergegen würde sich nichts erinnern lassen, wenn die dieser rechtlichen Auffassung zugrunde liegende tatsächliche Feststellung einwandfrei, insbesondere ohne Widerspruch mit anderen Annahmen tatsächlichen Inhalts getroffen worden wäre. Das ist aber nicht der Fall. Denn das angefochtene Urteil stellt weiterhin fest, daß der Mitangeklagte B. auch nach seinem freien Ermessen die einzelnen Personen auszuwählen gehabt habe, denen die von dem Angeklagten D. an ihn verschickten Briefe ausgehändigt werden sollten. Diese Annahme ist mit der Auffassung der Tätigkeit des B. als einer bloßen die Willensausführung des D. vermittelnden Potentätigkeit unvereinbar. Sie erscheint nur haltbar, wenn davon ausgegangen wird, daß B. mit seiner Verfügung über die an ihn gelangten Briefe eine neue selbständige Beförderungstätigkeit begonnen, also das Verschicken des D. in dem Zeitpunkte, wo die Frachtgutkiste dem B. ausgehändigt wurde, sein Ende erreicht hat. Die Möglichkeit einer solchen Unterbrechung einheitlicher Beförderungstätigkeit durch das Dazwischentreten selbständiger Willensentscheidungen einer Mittelsperson ist vom Reichsgericht in feststehender Rechtsprechung anerkannt worden.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bb. 27 S. 256—258, Bb. 29 S. 267—269, Bb. 33 S. 241—243; Urteile vom 25. Oktober 1904 g. Nr. 4 D. 987/04; vom 12. Juli 1910 g. Nr. 5 D. 396/10; vom 8. April 1911 1 D. 1232/10.

Ob im Einzelfalle die Mittelsperson diese selbständige Stellung hat oder nur Bote ist, hängt von der dem Tatrichter obliegenden Beurteilung der Sachlage ab. Rechtlich genügt jedoch zum Ausschlusse dieser Annahme schon der Umstand, daß nach der Absicht des Versenders für die Ausführung der Beförderung bis zur Zustellung der Briefe an die einzelnen Empfänger der Wille der Mittelsperson in irgend einer Hinsicht mitbestimmend sein soll, z. B. bei Massen-

ſendungen der vorliegenden Art in betreff der Frage, innerhalb welches räumlichen Bezirks die Briefe verteilt werden oder welchen Klaſſen von Perſonen ſie zugehen ſollen, d. h. ob etwa die Ausshändigung in der Weiſe ins Werk geſetzt wird, daß ohne jede perſönliche Auswahl unterſchiedslos alle Perſonen eines beſtimmten Ortes oder Ortsteils, bei denen gewiſſe zufällige Vorausſetzungen gegeben ſind, die z. B. im Wirtshaus oder auf der Straße angetroffen werden, die Briefe erhalten, oder ob die Verteilung nur im engeren Kreiſe, z. B. nur an Haushaltungsvorſtände oder nur an Haushaltungsvorſtände beſtimmter (höherer oder niederer) Geſellſchaftsklaſſen oder gar nur an beſtimmte auszuwählende Einzelpersonen ſtattfindet. Hiernach kann in rechtlich einwandfreier Weiſe Einheitlichkeit der Beförderungstätigkeit und Gehilfeneigenſchaft der Mittelperson nur dann angenommen werden, wenn zugleich tatſächlich feſtgeſtellt wird, daß die beſondere Art der Briefausshändigung, die die Mittelperson nach Empfang der Maſſenſendung vorgenommen hat, als ſolche bereits von dem Verſchicker bei der Abſendung des Maſſenguts gewollt war und daß die Mittelperson dieſen Willen gekannt und lediglich in der Abſicht, ihn auszuführen, die Verteilung der Briefe, ſo wie geſchehen, bewirkt hat.

An der Hand der vorſtehend dargelegten Rechtsgrundsätze wird die Strafkammer die geſamte Sachlage nochmals zu prüfen haben. Gelangt ſie alſdann, abweichend von ihrer bisherigen Auffaſſung, zu der Annahme, die Einheitlichkeit der Beförderungstätigkeit zu verneinen, ſo iſt anderweit zu entſcheiden, welche Strafe den Angeklagten D. mit Rückſicht darauf zu treffen hat, daß er die Maſſenſendung durch die Eiſenbahn, nicht durch die Poſt hat befördern laſſen. Deſgleichen iſt hiñſichtlich des Mitangeklagten B. darüber zu beſtimmen, ob und nach welcher Richtung er ſich durch die von ihm bewirkte Briefverteilung als ſelbſtändiger Täter ſtrafrechtlich vergangen hat.